

Rückblick: Soziale Bewegungen unter Uribe (von Stephan Suhner)

Der Regierungswechsel ist Anlass genug, auf die letzten acht Jahre unter Uribe zurück zu blicken.¹ Vor allem die öffentliche Meinungsmache gegen soziale Bewegungen hinterlässt ihre Spuren.

Einstellung zu sozialen Bewegungen

Uribes Verhältnis zu Organisationen und Personen, die seine Politik kritisierten war schlecht. In Kolumbien spricht man in diesem Zusammenhang von den „Hässlichen“, *los feos*. Dazu gehören alle, die es wagten, Uribe zu widersprechen. Uribe und weitere hohe Regierungsfunktionäre haben beispielsweise Friedens- und Menschenrechtsaktivisten, Campesinos, ethnische Minderheiten und Gewerkschafter massiv diffamiert und schnell in die „narcoterroristische Ecke“ gedrängt.

Tatsächlich verlangte rund die Hälfte der Proteste während der acht Jahre Uribismus die Respektierung aller Menschenrechte und hinterfragte öffentliche, staatliche Politiken. Wer die die Einhaltung nationaler und internationaler menschenrechtlicher Verpflichtungen einforderte, war „politischer Handlanger des Terrorismus“. NGOs, die in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eine andere Sozialpolitik verlangten, warf er vor, zusammen mit den Terroristen für den

Niedergang der Nation verantwortlich zu sein. Wenn Uribe gehofft hat, damit die sozialen Bewegungen zum Schweigen zu bringen, ist die Strategie jedoch nicht aufgegangen: Trotz der Kriminalisierung des sozialen Protestes, der Drohungen, der Militarisierung der Gesellschaft und der juristischen Verfolgung der sozialen Bewegungen und der Menschenrechtsorganisationen zeichneten sich die acht Jahre Uribes durch ein hohes Mass an sozialem Protest aus.

Manipulation öffentlicher Meinung

Obwohl Uribe sozialen Protesten gegenüber wenig tolerant war, nutzte er Mobilisierungen auch für seine eigenen Anliegen: Frieden und Menschenrechte waren insgesamt häufig Thema, ein Grossteil der Proteste richtete sich gegen Entführungen, Morde und andere Gewalttaten der Guerilla. Auffallend ist insbesondere, dass die Regierung mehr als doppelt so viele Mobilisierungen einberief wie beispielsweise Opfervereinigungen. So kreierte die Regierung vor allem in den Jahren 2004 und 2008 ein Bild des öffentlichen Widerstandes gegen die Gewalt und Entführungen der Guerilla und nutzte soziale Bewegungen, um die „öffentliche Meinung“ zu manipulieren. Das Scheitern der Friedensgespräche im Caguan² gab Anlass, den Hass auf die Guerilla zu schüren. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen durch die Guerilla liegt de facto aber deutlich tiefer als die der Paramilitärs. In Bezug auf die Menschenrechte ereignete sich unter Uribe etwas Paradoxes: Die *Demokratische Si-*

¹ Grundlage dieses Textes sind drei Artikel der Zeitschrift „100 Días“ des CINEP, ein Rückblick auf acht Jahre Uribe. Cien días vistas por el CINEP. Balance Gobierno Uribe 2002 a 2010, Ausgabe Nr. 70, August 2010: *Víctimas en el cálculo político*, von Fernando Sarmiento; *Mobilización por la paz: el papel de las víctimas*, von Vladimir Caraballo; *Que se mueran los feos*, von Alvaro Delgado, Ana María Restrepo und Martha Cecilia García.
<http://cinep.pasosdejesus.org/node/1049>

² Die ask berichtete:
http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/archiv/ka350.html

cherheit³ hat die Anzahl an Menschenrechtsverletzungen zwar zurück gehen lassen, den Menschenrechten aber geschadet. Einerseits kam es zu einer Neupositionierung der bewaffneten Akteure. Anstatt Gegner zu ermorden, gingen die Paramilitärs dazu über, ihre „Feinde“ durch Todesdrohungen zu zermürben. Geschadet haben den Menschenrechten aber besonders die Eingriffe der Regierung in die Justiz, die undurchsichtige Wiedereingliederung der Paramilitärs, die vorverurteilenden Fingerzeige des Präsidenten auf soziale Führungsfiguren und die Verleugnung des bewaffneten Konfliktes. In der öffentlichen Mehrheitsmeinung stand eine geeinte Nation von lauterem Bürgern wenigen Narcoterroristas gegenüber.

Opferbewegungen

Ein grosses Problem, das auch zu verschiedenen Protesten und Mobilisierungen geführt hat, ist das Thema der Wiedergutmachung, für das es bis heute keine befriedigende Lösung gibt. Die Opfervereinigungen mobilisierten sich zeitgleich mit der Verabschiedung des *Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden* verstärkt ab 2005 für ihre Rechte und für Wahrheit und Gerechtigkeit. Nach wie vor gibt es jedoch kein Regelwerk, das die Rechte der Opfer integral anerkennen würde. Der Kongress debattierte das Opfer-Gesetz, das von Opferverbänden und oppositionellen Liberalen eingebracht wurde, zwei Jahre lang. Auf Wunsch des Präsidentenamtes wurde es im Juni 2009 abgelehnt, da es administrativ und finanziell nicht tragbar sei. Uribe war auch nicht einverstanden, dass im Opfergesetz bei den „Tätern“ Soldaten und Polizisten den Terroristen gleich gestellt werden sollten. Die liberale Opposition kritisierte diese Haltung des Präsidenten als einseitig zugunsten der Täter. Es würden viel mehr Mittel für die Wiedereingliederung der Täter als für die Entschädigung der Opfer

³ Eine Diskussion der darunter verstandenen Politik findet sich unter:

<http://www.zcommunications.org/alvaro-uribe-velez-and-democratic-security-by-javier-giraldo>

bereitgestellt. Insgesamt haben sich bei der Staatsanwaltschaft bis 2010 lediglich 281'661 Opfer gemeldet. Opferverbände gehen von einer Zahl von um die drei Millionen aus. Bis Ende 2010 werden 500 Milliarden Pesos an diese ausbezahlt sein, 1,7 Mio. Pesos (ca. 1000 CHF pro Person) pro Opfer. Der nationale Fonds für Wiedergutmachung konnte bis Mai 2010 lediglich 35 Milliarden Pesos einbringen – durch Beschlagnahmung illegaler Güter und Ländereien oder durch freiwillige Rückgaben der Paramilitärs. Beim aktuellen Rhythmus würde es bis zu 50 Jahre dauern bis alle Opfer Wiedergutmachung erfahren hätten. Das *Gesetz Frieden und Gerechtigkeit* hat in der Einschätzung der Nationalen Opferbewegung MOVICE in fünf Jahren weder Frieden noch Gerechtigkeit gebracht. So wurden erst Ende Juni 2010 die ersten beiden Paramilitärs wegen eines Massakers verurteilt, in fünf Jahren zwei von über 30'000! Von über 50'000 Mitgliedern illegaler bewaffneter Gruppen unterstehen nur 4'346 dem Gesetz.⁴

Ethnische Minderheiten und Kleinbauern

Trotz eines hohen Gewaltniveaus gegen sie, protestierten auch Vertriebene, Campesinos und ethnische Minderheiten häufig. Viele Proteste der Kleinbauern und ethnischen Minderheiten richteten sich auch gegen die Auswirkungen des Krieges auf ihr Leben, gegen Übergriffe durch bewaffnete Akteure und gegen schikanöse Behandlung durch die Armee. Vertriebene und Kleinbauern besetzten auch Ländereien und Büros der Agrarbehörden, um die Titulierung von Land zu erreichen oder die Vertreibung oder Enteignung zugunsten von Megaprojekten zu verhindern. So hatten im Dorf El Retén, Departement Magdalena, Kleinbauern für die Übergabe von 1000 Hektaren Land protestiert, das sich

⁴ Davon 352 Mitglieder der paramilitärischen AUC. 1514 Kämpfer der 4346 haben ihre freien Schilderungen (Zeugenaussagen *Versiones Libres*) beendet.

Drogenhändler angeeignet hatten. Auch Indigene, die lange vergebens auf die Vergrößerung ihrer kollektiver Ländereinheiten warteten, besetzten im Cauca immer wieder Haciendas, die ihnen teilweise schon lange versprochen worden waren. Die Regierung unterdrückte diese indigene Bewegung zur Rückeroberung ihres angestammten Landes und behauptete, dass die Indigenen verhältnismässig schon viel mehr Land als andere Personengruppen besitzen würden. Dass das meiste Land der Indigenen unfruchtbar ist, wurde verschwiegen. Damit hat die Regierung effektiv dazu beigetragen, die Stimmung gegen ethnische Minderheiten aufzuheizen.

Gewerkschaften

Besonders schlimm traf die Wut Uribes die Gewerkschaften. Obwohl die Gewalt gegen sie insgesamt zurück ging, wurden 557 Gewerkschafter von August 2002 bis Juni 2010 ermordet. Die Arbeitsreformen unter Uribe haben die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer um wesentliche Rechte gebracht: der Arbeitstag von acht Stunden gehört ebenso der Vergangenheit an wie die Bezahlung der Sonntags- und Nachtarbeit. Nur noch ein kleiner Teil der Lohnarbeiter untersteht einem Gesamtarbeitsvertrag: Innerhalb von zwei Jahren (2002-2004) sank die Zahl um fast die Hälfte auf etwas mehr als 60'000. Tausende von langjährigen Arbeitern in Staatsbetrieben und in der Industrie wurden durch Änderungskündigungen oder „freiwillige“ Abgänge mit Entschädigung effektiv entlassen. Die neuen Arbeitskräfte schufteten zu schlechteren Bedingungen und meist ohne das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten. Viele Gewerkschaften wurden aufgelöst oder sind zu schwach, um noch zielbringend Verhandlungen zu führen. Die stärksten Gewerkschaften existieren noch in den Kohlenminen in Cesar und Guajira, in den Bananenplantagen, im öffentlichen Gesundheitswesen, bei den Banken und bei den Lehrern. Sinnbildlich für die Schwächung der Gewerkschaften ist auch der Rückgang der Streiks: in den letzten acht

Jahren waren es nur 318, durchschnittlich 40 pro Jahr – ein Viertel der Streikhäufigkeit der 80er Jahre. Insgesamt waren etwa 1'431'000 Arbeiter an Streiks beteiligt, und über die Hälfte protestierte mit den Streiks gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Bern, 31.08.2010